

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Verkehrspolitik

Nr. 587/13 vom 12. November 2013

Volker Dornquast: Norddeutsche Hafenpolitiker fordern Ausbau der Hinterlandanbindungen

„Der überragenden volkswirtschaftlichen Bedeutung der norddeutschen Seehäfen muss in der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD im Bund angemessen Rechnung getragen werden.“

Diese Forderung stellten die hafenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen von Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern auf ihrer diesjährigen Herbsttagung in Bremen auf.

Hierzu erklärt der Hafenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Volker Dornquast: „Trotz der zunehmenden Umschlagsmengen kommt der Ausbau der Hafenhinterlandanbindungen nur zögernd voran. Dabei sind Teile der Verkehrsinfrastruktur in den norddeutschen Ballungsräumen schon heute überlastet. Der Bund ist gefordert, zügig den Investitionsstau abzuarbeiten und sicherzustellen, dass die deutschen Seehäfen auch künftig ihre Funktion als leistungsfähige Drehscheibe für den internationalen Warenverkehr ausüben können.“

Priorität haben für die CDU-Politiker dabei die Modernisierung des Nord-Ostsee-Kanals, der Bau der Hafenspanne (A26) in Hamburg, der Weiterbau der A20, der Ringschluss der A281, der Weiterbau der A14 sowie der B96, der Ausbau der Schienenverkehrsknoten Hamburg und Bremen, der

Bau der Y-Trasse oder einer anderen leistungsfähigen Schienentrasse sowie der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven. Die hafenpolitischen Sprecher halten angesichts der enormen Kosten, die die Bundesländer jährlich für den Unterhalt und Investitionen in die Seehäfen aufwenden, Finanzhilfen des Bundes für die Seehäfen auch weiterhin für notwendig und fordern, dass dieser Punkt in den anstehenden Verhandlungen über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt wird.

„Nur durch entsprechende Investitionen können die deutschen Seehäfen maximal zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes beitragen und die fast 400.000 Arbeitsplätze in der maritimen Wirtschaft gesichert werden“, erklärt Dornquast.